Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark; bei der Post bestellt vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint werktäglich.
Fernsprech-Anschluß Nr. 53.
Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 1.40 Mark, auswärtige Anzeigen 1.60 Mark, Reklamepetitzeile 4.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vormittag.

/ Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. /

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 301 — Mittwoch, den 28. Dezember 1921 — 16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern erneut mit dem Reparationsproblem. Ueber den augenblicklichen Stand dieser Frage verlautet nichts.

•

Die Reparationskommission hat beschlossen, auf das Ersuchen der deutschen Regierung die deutschen Vertreter am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr zu empfangen.

•

Die Reparationskommission wird Deutschland die Mitteilung zugehen lassen, daß die beiden nächsten Zahlungen vollständig erfolgen müssen.

•

Infolge der Abstimmung im Reichstag hat jetzt die Reichsregierung die Ausnahmeverordnung vom 28. September d. J. aufgehoben.

•

Der Zentrumsabgeordnete Pfeiffer ist zum Gesandten in Wien ernannt worden.

•

Die tschechische Milliardenanleihe hat einen vollen Mißerfolg ergeben. Es wurden für 1 Milliarde Kronen Lose ausgegeben, während nur für 45 Millionen Kronen Lose verkauft worden sind.

Ouverture von Cannes.

Nv. Die Weihnachtstage sind für die europäischen Staatsmänner Arbeitstage gewesen. Sowohl in Berlin als in London und Paris hat man von Weihnachtsfrieden recht wenig gemerkt. Lloyd George hat auf seinen Weihnachtsurlaub verzichtet und ist nach Cannes bereits abgereist. Daß die Festtage mit Arbeit ausgefüllt werden mußten, wäre an sich nicht bedauerlich, wenn sich wenigstens in den Ländern, auf die es jetzt ankommt, eine versöhnliche Stimmung bemerkbar gemacht hätte. Das ist aber leider nicht der Fall. Noch am Heiligabend hat man in der französischen Kammer einen Vorstoß gegen Briand versucht, der allerdings fehlgeschlagen ist, der aber doch die Psychologie dieser Kammer wieder aufs deutlichste gezeigt hat. Wenn jetzt auch Briand Sieger geblieben ist, so ist dieser Sieg doch nicht gerade hoch einzuschätzen; das zeigt auch ein Blick in die Pariser Presse, die die Begleitmusik zur Kammerdebatte gleichzeitig als Ouvertüre für Cannes benutzt. Briands Erklärung, daß die französischen Forderungen voll befriedigt werden müßten, wird in allen Tonarten wiederholt. Damit aber nicht genug. Uebereifrige Nationalisten, die von wirtschaftlichen Tatsachen rein nichts verstehen, behaupten auch in diesen Tagen unausgesetzt, daß der Zahlungsplan des Londoner Ultimatums nicht geändert werden dürfte. Sie halten starr am Buchstaben fest, obgleich die Erkenntnis, daß eine Reparation nach den Buchstaben und Formeln des Londoner Ultimatums unmöglich ist, nicht mehr aufgehalten werden kann. Poincare, der als Gegner Briands immer noch seine Hoffnungen auf die Nachfolgerschaft des jetzigen französischen Ministerpräsidenten nicht aufgegeben hat, verspottet sogar die Versuche, in Cannes zu einer anderen Ordnung der Dinge zu kommen. Das sind nicht gerade sehr erfreuliche Vorzeichen, um so weniger, wenn man bedenkt, daß bei einer wirklichen Aenderung der jetzigen unhaltbaren Ereignisse noch eine Reihe von Problemen zu erörtern sind, die auf jeden Fall erörtert werden müssen. Da ist in erster Linie die Frage der Besetzung im Rheinlande. Diese Besetzung verschlingt den größten Teil der von Deutschland aufgebrachten Reparationskosten. Diese Milliardensummen, die hier gezahlt werden, müssen, nützen weder Frankreich noch England noch der europäischen Wirtschaft überhaupt. Die Hoffnung, daß ein englisch-französisches Abkommen zum Zweck der Neutralisierung der Rheinlande während der Dauer, die für die Besetzung vorgesehen ist, zustande kommt, erscheint noch sehr zweifelhaft. Das alles läßt darauf schließen, daß es für uns sehr gut ist, wenn wir die Vorgänge in Cannes mit äußerster Skepsis verfolgen. Es scheint ja, als ob, wenigstens was die Zahlungen für 1922 betrifft, eine gewisse Uebereinstimmung zwischen Briand und Lloyd George bereits vorhanden ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die ganze Einigung, wenn sie überhaupt zustande kommt, schließlich nur den Effekt hat, daß neuer Wein in alte Schläuche gegossen wird, daß man ein Provisorium schafft, das weder den Siegern noch den Besiegten viel nützt. Wir haben die Zeichen beginnender Verständigung froh begrüßt. Die Ouvertüre von Cannes zeigt aber, wie sehr Zurückhaltung in diesem Augenblick geboten ist.

Lloyd Georges Revisionsgedanken.

Im Oeuvre wird der Plan Lloyd Georges für die Revision der Wiedergutmachungsbestimmungen auseinandergesetzt. Lloyd George wolle zunächst Frankreich die finanzielle Sicherung geben, die es nötig habe. Zu diesem Zwecke wolle England auf einen Teil der Summe verzichten, die ihm nach dem Abkommen vom 13. August zugesprochen ist, so daß Frankreich, selbst wenn die Zahlungen Deutschlands für 1922 um die Hälfte herabgesetzt werden, mehr bares Geld erhalte, als es erwarten dürfte. Außerdem würden die Sachlieferungen weiter gehen. Ferner werde England sich dazu erbieten, auf seinen Anteil an der deutschen Schuldsumme zu verzichten, so daß die deutsche Schuld statt 132 Milliarden nur noch 103 Milliarden betragen würde. Endlich werde England Frankreich die Hälfte der Kriegsschulden erlassen, entweder gegen Abgabe der deutschen Bons oder ohne jeden Gegenwert. Nachdem England auf diese Weise eine schöne Geste gemacht habe, werde es von Frankreich das Gleiche verlangen, nämlich 1. die Zustimmung zur Räumung der Rheinlande, die neutralisiert werden sollen, 2. Herabsetzung der französischen Streitkräfte, 3. Annahme des amerikanischen Flottenvorschlages auch für Unterseeboote.

Die Reparationsbesprechungen in Berlin.

Die Berliner Besprechungen über die Reparationsfrage dauerten auch gestern an. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um die Schaffung genauer Unterlagen über den Reichshaushalt zur Vorlage an die Reparationskommission. Aus diesem Bedürfnis ergaben sich die in den letzten Tagen wiederholt einberufenen Chefbesprechungen der einzelnen Ressorts. Auch gestern vormittag fand wieder eine solche Chefbesprechung statt, während das Kabinett später zusammentrat. Nach dem von Rathenau dem Ministerrat erstatteten Bericht haben die Londoner Besprechungen der Reparationsfrage noch keine positive Entscheidung gebracht. Die Regierung will nun im Wege mündlicher Verhandlungen erst noch weitere Erkundigungen einziehen und Aufklärung schaffen. Mit diesen Verhandlungen ist der Vorsitzende der Kriegslastenkommission Staatssekretär Fischer beauftragt worden, der sich zu diesem Zwecke wieder nach Paris begibt.

Der Irrtum des Garantiekomitees.

Die Havasagentur meldet: Die in Paris am 15. d. M. zusammengetretene Garantiekommission hat nach der Bekanntgabe der Londoner Verhandlungen auf Vorschlag Duponts eine Resolution angenommen, die den früheren Beschluß der Kommission, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für Januar und Februar in den Besprechungen einwandfrei festgestellt sei, aufrecht erhält. Dem Temps zufolge ist die Resolution mit allen gegen vier Stimmen gefaßt worden.

Stinnes über seine Englandreise.

Der Weg zur Verständigung noch weit.

Ein Vertreter der Bohemia hatte in Berlin Gelegenheit, mit Stinnes zu sprechen und ihn über seine letzte Englandreise zu befragen. Stinnes erklärte, lediglich in seiner Eigenschaft als Privatmann in London gewesen zu sein. Auf die Frage, wie beurteilen Sie den Stand der Verhandlungen mit den Alliierten bezüglich der Reparationserleichterungen, erklärte Stinnes: Vor kurzem war die Situation die, daß England durch den Verlauf der Washingtoner Konferenz sowie durch die Lösung der irischen Frage freier atmen konnte. Dieser Umstand mag zu einer Neuorientierung seiner Politik vielleicht Veranlassung gewesen sein. Jedenfalls entsprechen die bisherigen Nachrichten über Gewährung von Reparationserleichterungen nicht den Tatsachen. Zu einer Verständigung ist der Weg noch weit. Die Alliierten weisen darauf hin, daß Deutschland immer erklärt habe, nicht liefern zu können und doch geliefert habe, daß es immer erklärt habe, nicht zahlen zu können und doch gezahlt habe. Ich habe den Standpunkt der Unmöglichkeit der Erfüllung schon in Spa vertreten. Deutschland zahlte jedoch mit den unübersehbaren Folgen seiner Entkräftung. Es ist ausgeschlossen, daß es weiterhin zwei Milliarden Goldmark im Jahre und noch 26 Prozent Ausfuhrabgabe zahlen kann. Unter solchen Umständen kann von einer Kreditgewährung durch die englische Finanzwelt nicht die Rede sein. Die Bank von England lehnt jede Kreditgewährung ab, solange nicht Deutschland konsolidierte Verhältnisse habe. Diese Konsolidierung kann nur dann erzielt werden, wenn auch in den Staatsbetrieben der kaufmännische Grundsatz der Ausnützung der Konjunktur Anwendung findet. Ein Musterbeispiel für unkaufmännische Gebarung in den Betrieben bieten die Reichseisenbahnen. Unser Konzern verfügt über eine große Anzahl von Kleinbahnsystemen im Westen Deutschlands. Im vergangenen Sommer, als die Preise niedrig waren, haben sich alle diese Kleinbahnen mit Material auf viele Jahre eingedeckt. Hierdurch wurden Milliarden erspart, die der Betrieb der Reichseisenbahn nicht erspart hat. Das Sparsamkeitsmoment findet bei den Bahnen eine unkaufmännische Anwendung. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Aussichten auf die Erlangung eines Kredits sehr gering.

Englands islamitische Sorgen.

Während England im Begriffe steht, mit der endlichen Lösung der Jahrhunderte alten irischen Frage eines seiner größten Erfolge in die Scheune zu führen, rührt es sich an anderen Ecken des Riesenreiches. Gleichzeitig gärt es in Indien und Aegypten, und zwar geht an beiden Stellen, wie man annimmt, die nationalistische Bewegung unter den Mohammedanern von Angora aus. Die indische Gärung hat seit dem mißlungenen Aufstand der Meplaks unter der Asche weitergeschwelt, und neuerdings ist in Achmedabad eine allindische Kalifatskonferenz zusammengetreten, die nicht weniger bezweckt als die Schaffung eines islamitischen Bundes, der sich von Kleinasien über Indien hinweg erstrecken soll. Die Genugtuung, die auf dieser Konferenz über die griechische Niederlage durch die Türken und damit die Niederlage der englischen Diplomatie geäußert wurde, zeigt die Stimmung, von der diese Konferenz beherrscht war. Indessen finden in Kairo blutige Straßenkämpfe statt, bei denen es Tote und Verwundete gab, und auch in anderen Städten Aegyptens geht es ähnlich zu. Bekanntlich weilte vor einiger Zeit der ägyptische Ministerpräsident Adly Pascha in London, um mit der englischen Regierung einen Vergleich zustande zu bringen, der einen gewissen Ausgleich zwischen Aegypten und England schaffen sollte. Allein es gelang den ägyptischen radikalen Nationalisten, nicht nur diese Verhandlungen zum Abbruch zu bringen, sondern auch den Ministerpräsidenten zum Rücktritt zu nötigen. In den Mitteln zur Erreichung dieses Ziels war man freilich nicht sehr wählerisch: ein taktischer Fehler der sich alsbald rächte, insofern er der englischen Ekkupationsbehörde die oft geübte Möglichkeit an die Hand gab, die Agitatoren dadurch unschädlich zu machen, daß sie sie ohne Gerichtsverfahren verhaftete und deportierte. Den Versuch, die irischen Methoden des Terrorismus nach Aegypten zu verpflanzen, hat England mit der Mobilmachung des Mittelmeergeschwaders und der Verstärkung der englischen Truppen beantwortet. Trotzdem wird sich Großbritannien früher oder später entschließen müssen, auch den Aegyptern ein höheres Maß von Freiheit und Selbstverwaltung zuzugestehen als bisher. Wenn es auch bisher mit Hilfe der oft beliebten und bewährten Methode der Einzelaufstände in seinem islamitischen Reich Herr geworden ist, so droht doch immer wieder die Gefahr einer allislamitischen Bewegung von neuem.

Kleine politische Meldungen.

Kein Verfahren gegen Ludendorff. An unterrichteter Stelle wird mitgeteilt, daß neue Hochverratsverfahren im Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht nicht schweben und daß auch keine reichsgerichtlichen Verhandlungen gegen Zeugen des Jagow-Prozesses (gemeint ist Ludendorff) in Aussicht genommen seien.

Die Beamtenforderungen. Die Beamtenverbände haben an den Feiertagen ihre Besprechungen über die Forderungen an die Reichsregierung fortgesetzt. Verhandlungen im Finanzministerium haben jedoch nicht stattgefunden. Zu den Verhandlungsgegenständen ist die neue Forderung der Gewerkschaften getreten, daß auch die Arbeiterlöhne jetzt allgemein und durchgreifend entsprechend der neuen Gehaltsforderung der Beamten zu regeln sind.

Bayern verlangt neuen Ausnahmezustand. Die bayrische Regierung hat ihre Absicht kundgegeben, unverzüglich nach Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten für Bayern neue Ausnahmeverordnungen auf Grund der bayrischen Verfassung in Kraft treten zu lassen.

Nachprüfung der Reichsgerichtsurteile gegen die sog. Kriegsverbrecher. Eine aus belgischen, französischen, englischen und italienischen Delegierten zusammengesetzte Kommission soll die bisher vom Reichsgericht in Leipzig gefällten Urteile gegen die sogenannten Kriegsverbrecher nachprüfen. Wenn die in ihr vertretenen Juristen sich ihrer Pflicht als Wahrer des Rechts bewußt bleiben und nicht durch politischen Haß ablenken lassen, müssen sie anerkennen, daß das höchste deutsche Gericht seiner schweren Pflicht in vorbildlicher Weise nachgekommen ist.

Die von dem verstorbenen General v. Moltke kurz nach seinem Abgange gemachten Aufzeichnungen, auf die die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Mitteilungen Steiners an den Korrespondenten des Matin gelenkt worden ist, sollen jetzt erscheinen. Es ist im Interesse des Andenkens des verblichenen Generalstabschefs zu bedauern, daß seine Witwe den Ratschlägen